

## KOMMENTARE

## SPANIEN

## Es lebe der König!



Volker Feuerstein

Viva el Rey! Es lebe der König! Nein, nicht König Fußball, der ist für die Spanier gerade gestorben, aber mit Felipe VI. haben sie einen neuen royalen Repräsentanten auf einem alten Thron. Der Vorgänger und Vater Juan Carlos – vielleicht schon ein bisschen altersdement – hat in der letzten Zeit das Zepter schleifen lassen. Liebesaffären – kaum vertuscht – und die Elefantenjagd zur sozialen Unzeit haben dem Ruf des Königshauses

schwer geschadet. Felipe will das Image wieder auf Vordermann bringen und versprach, mit einer „erneuerten Monarchie in einer neuen Zeit“ die Krone wieder zu einer bürgernahen „moralischen Autorität“ zu machen. Das ist unverhohlene Kritik an der „alten“ Monarchie und auch am Vater.

Große Worte und hehre Absichten in einer Zeit, in der die Monarchie in Spanien umstritten ist und der neue König vor schweren Herausforderungen steht: Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, Korruption und die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens rütteln an der Stabilität der Gesellschaft. Ohnehin hat der König in einer parlamentarischen Monarchie nicht viel zu sagen. Da kommt beim Volk schon mal die Frage auf, ob Spanien sich die teure Antiquität eines Königshauses noch leisten sollte.

Immerhin kann ein Mann mit Charisma auf dem Thron auch ohne große Machtbefugnisse das Schicksal seines Landes beeinflussen, wie Juan Carlos in seinen frühen Jahren bewiesen hat, als er das Erbe der Franko-Diktatur in eine Demokratie zu wandeln half. Ob Felipe über die Ausstrahlung und das Selbstbewusstsein des Vaters verfügt, wird die Zukunft zeigen. Ein Zauberer ist er nicht, und den spanischen Haushalt könnte er auch mit der Auflösung der Monarchie nicht sanieren.

Aber seine Inthronisierung ist Anlass, darüber nachzudenken, ob Monarchien in einer Welt der Bits und Bytes noch eine Berechtigung haben. Längst sind aus aristokratischen Machthabern von einst Schauspieler von rührseligen, mitunter auch peinlichen Dramen geworden und die Monarchie ist eine Soap mit mehr oder weniger Niveau, sinnlos aber sinnlich mitreißend. Ein romantisches Gegengewicht wider die profane Kommerzialisierung der modernen Welt, das der Sehnsucht nach dem Gestern Raum gibt. Heilsam für Volkes Seele. Viva el Rey!

## HÖHLENRETTUNG

## Einzigartige Leistung

Von Torsten Henke

Die Helfer haben Einzigartiges geleistet, um Johann Westhauser aus der Tiefe zu holen. Aus der Riesending-Höhle, in der er bei einem Steinschlag schwer verletzt wurde. Und das war auch seine Bergung: ein Riesending. Ein Wunder, an dem zahlreiche Techniker und andere Experten mitgewirkt haben, darunter überwiegend Freiwillige. Ein beeindruckendes Beispiel grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Gut, dass bei der dramatischen Aktion niemand zu Schaden gekommen ist.

Es zeichnet unsere Gesellschaft aus, dass sie jemanden wie Westhauser nicht einfach „da unten“ lässt. Dass keine Mühen gescheut werden, um ihn ans Tageslicht zu holen. Dass nicht gefragt wird, warum er in seine missliche Lage geraten ist. Wir sind Zeugen einer beeindruckenden Solidarität geworden, die ein Vorbild sein könnte für den Alltag.

Was nicht heißt, dass nicht doch noch über die Kosten zu reden sein wird. Gewiss wird der passionierte Höhlenforscher selbst einen Anteil tragen müssen. Und sicher wird er nach seiner Genesung kritische Fragen zu hören bekommen. Auch danach, ob er mit seinem Abstieg in so große Tiefe zu viel riskiert hat. Doch es gibt keine Leben in absoluter Sicherheit. Das wäre auch nicht erstrebenswert.

davonzuschwimmen. Sein Vorhaben, bei den Staats- und Regierungschefs eine Sperrminorität gegen Juncker aufzubauen, hat bisher kaum Früchte getragen. In Brüssel sind die Spekulationen, wonach EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy einen Cameron genehmen Kandidaten vorschlagen könnte, nahezu versiegt. Da das EU-Parlament droht, einen Alternativkandidaten abzulehnen, wäre es auch nicht leicht, einen profilierten Bewerber für ein solches Unterfangen zu gewinnen.

## Die Meinung der Anderen

Neue Zürcher Zeitung  
Cameron allein auf weiter Flur

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (Schweiz) schreibt zum Streit um den neuen EU-Kommissionspräsidenten:

Dem britischen Premier David Cameron drohen im Kampf gegen die Nominierung von Jean-Claude Juncker die Felle



## Gekrönte Häupter

Karikatur: Jürgen Tomicek

## GASTKOMMENTAR

## Welche Partei profitiert vom demografischen Wandel?

„Wer mit 20 Jahren nicht Sozialist ist, der hat kein Herz, wer es mit 40 Jahren noch ist, der hat keinen Verstand“, lautet ein beliebtes Sprichwort. Ein Sprichwort, das bei Unionsanhängern Hoffnung auf künftige strukturelle Mehrheiten aufkeimen lässt, wenn die demografische Alterung in den nächsten Jahren richtig Fahrt aufnimmt. Blickt man auf die Ergebnisse der jüngsten Bundestagswahl, so scheinen sich diese Hoffnungen einzulösen: CDU und CSU sind nicht zuletzt deshalb die mit Abstand stärkste Kraft im 18. Deutschen Bundestag, weil sie bei den Wahlberechtigten ab 60 Jahren aufwärts besonders gut abschnitten. So wählten bspw. mehr als die Hälfte der über 70-Jährigen eine der beiden Unionsparteien, während die Grünen nur 3,3 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnten. Bei den Jungwählern dagegen kamen CDU/CSU nur auf 31,6 Prozent, die Grünen sind mit 11,9 Prozent aber vergleichsweise beliebt. Hinzu kommt, dass der Einfluss der Älteren auf das Wahlergebnis auch deshalb zunimmt, da sie besonders fleißige Wähler sind: Von den 60- bis unter 70-Jährigen setzten acht von zehn, von den 21- bis unter 25-Jährigen aber nur sechs von zehn Wahlberechtigten ihr Kreuz.

Wenn in Zukunft also die Wählerschaft weiter altert, kommt es dann zu einer uneingeschränkten Dominanz der Union? Und müssen auf der anderen Seite die Grünen um ihre parlamentarische Existenz bangen? Unsere jüngsten Analysen legen die Antwort nahe: nein, eher trifft das Gegenteil zu. Während die Grünen von der demografischen Alterung profitieren, trüben sich die Aussichten für die Union ein. Der Grund hierfür ist relativ simpel: Die ältere Generation von heute sympathisiert nicht mit der Union, weil sie alt ist, sondern weil sie schon in jungen Jahren eine Bindung an diese Partei entwickelte. Ihre politische Sozialisation war geprägt von Adenauer, Westintegration und Wirtschafts-

## SVEN STADTMÜLLER

hat in einer Studie untersucht, wie die Altersentwicklung der Bevölkerung künftige Wahlergebnisse beeinflusst.



Der Autor (34) ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW) der Fachhochschule Frankfurt.

wunder – das machte die Union auch für junge Menschen attraktiv. Und da Parteibindungen nur sehr selten über Bord geworfen werden, votiert die ältere Generation auch heute noch vornehmlich für CDU/CSU. Bei den „Babyboomern“ aber, die in kommenden Jahrzehnten in die Lebensphase Alter eintreten, sah die politische Sozialisation völlig anders aus: Neue Themen wie Umweltschutz und Gleichberechtigung gewannen gegenüber wirtschafts- und sicherheitspolitischen Fragen an Bedeutung. Die Grünen entstanden und genossen in der damals jungen Generation eine hohe Popularität. Trotz veränderter Lebenssituation und manch grauen Haaren ist die Präferenz für die Partei in dieser Altersgruppe weitgehend ungebrochen. Wenn nun aber in Zukunft die in der Adenauer-Ära sozialisierte Geburtskohorte sukzessive ausstirbt, so hat dies zwei Konsequenzen: Erstens verliert die Union an Boden, da sie in dieser Generation deutlich mehr Sympathien genießt als in den nachfolgenden Generationen. Und zweitens profitieren die Grünen, da sie bei den Angehörigen der Adenauer-Generation nahezu keine Rolle spielten, dafür aber in den nachwachsenden Kohorten recht beliebt sind.

An der Vorstellung, dass Menschen mit zunehmendem Alter konservativen Parteien zuneigen, ist somit, wie die empirischen Resultate unserer Studie zeigen, nichts dran. Ebenso wenig ist es eine Mär, dass sich ältere Menschen um nichts anderes als um ihre Rente sorgen und jene Parteien an der Wahlurne abstrafen, die einschlägige, unpopuläre Entscheidungen treffen. Dahinter verbirgt sich die mit der Wirklichkeit kaum zu vereinbarende Idee, dass „die Älteren“ einheitliche Interessenlagen aufweisen. Hierfür aber ist die Lebenssituation älterer Menschen viel zu unterschiedlich. Beispielsweise sorgen sich ältere Menschen mit Kindern und Enkelkindern sehr wohl auch um Themen „der Jungen“, wie um Bildungs- und Familienpolitik. Um die Chancen von Parteien, die eine an den Interessen älterer Menschen ausgerichtete Politik betreiben wollen, ist es somit auch weiterhin mau bestellt. Zugleich, und damit einhergehend, sollten sich die politischen Entscheidungsträger auch von der Strategie verabschieden, die große Zahl älterer Menschen mit wohlkalkulierten Gaben für sich gewinnen zu wollen. Nicht nur, dass aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen diese Strategie kaum wirksam ist. Sie liefert womöglich auch den Nährboden für das, wozu es bislang zwar hysterische Publikationen, aber keinerlei gesicherte Belege gibt: einen Konflikt zwischen Jung und Alt.

## Die Meinung des Lesers

## Novelle schadet dem Mittelstand

Zur Kolumne „Vergabegesetz – Instrument der Mittelförderung“ von Dr. Walter Arnold (11. Juni, S. 4).

Dem Mittelstand bringt die Novelle keine Verbesserung. Im Gegenteil! Wesentliche Neuerungen ist die Aufnahme von vergabefremden Anforderungen in das Ausschreibungsverfahren. Öffentliche Auf-

traggeber können nun ihre Aufträge unter anderem von sozialen, ökologischen, umweltbezogenen und innovativen Kriterien abhängig machen, zum Beispiel die Teilnahme am Vergabeverfahren daran binden, dass der Unternehmer ausbildet, beruflichen Aufstieg ermöglicht, Langzeitarbeitslose beschäftigt, Frauen fördert oder fair gehandelte, ökologisch nachhaltige oder innovativ orientierte Produkte verwendet. Zwar sollen diese Anforderungen nur dann eine Rolle spie-

len können, „wenn diese mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen oder Aspekte des Produktionsprozesses betreffen“. An die Auslegung der Vorschrift sollen aber keine strengen Maßstäbe angelegt werden. Deshalb kann jeder öffentliche Auftraggeber die Ausschreibung so gestalten, dass seine Klientel bevorzugt wird. Die Gefahr der Korruption liegt auf der Hand. Vergessen scheint der Zweck des öffentlichen Vergabewesens: einerseits Verpflichtung der öffentlichen Auftraggeber

zu wirtschaftlicher Verwendung von Steuermitteln, indem nur das wirtschaftlichste oder preisgünstigste Angebot den Zuschlag erhält, und andererseits Nachprüfbarkeit des Verwaltungshandelns durch den Mitbewerber, der nicht den Zuschlag erhalten hat. Vergabefremde Kriterien dienen der Durchsetzung politischer Ziele, beschränken den Wettbewerb und schaden insbesondere dem Mittelstand.

Prof. Dr. Bernhard Jestaedt  
Fulda